

Zum Thema Schuldenbremse:

We break for nothing! Finanzchaos beenden statt Schuldenbremse einführen

„Ab heute zahlen nicht mehr unsere Enkelkinder!“

- Schlagzeile einer Boulevardzeitung vom 5. September 2021 anlässlich des vom Landesfinanzminister eingebrachten Haushaltsplanentwurfs, der erstmals seit Jahren wieder einen Haushaltsausgleich vorsieht. -

„Die Kommunen zahlen die Zeche.“

Zeitung: Herr Mustermann, sind Sie gegen das Sparen oder warum wehren sie sich mit vielen anderen Bürgermeistern gegen die Umsetzung der 2011 beschlossenen Schuldenbremse?

Mustermann: Ich fand diese Idee schon immer abstrus, und an dieser Meinung hat sich nichts geändert, im Gegenteil. Meine Gemeinde gehört nun wirklich zu den harten Haushaltssanierern, in den letzten Jahren haben wir die freiwilligen Leistungen auf weniger als 1% des Haushaltsvolumens heruntergefahren. Bürgerhäuser und unser Theater wurden geschlossen, Friedhöfe zusammengelegt, Buslinien gestrichen und Steuern und Gebühren innerhalb von nur drei Jahren um bis zu 30% erhöht. Dennoch konnten wir mit diesen Einsparungen gerade mal einen Bruchteil unseres strukturellen Defizits begleichen. Gleichzeitig werden uns immer neue Spardiktate auferlegt und Gelder, die wir dringend benötigen, entzogen.

Zeitung: Aber dann zahlen doch unsere Kinder und Enkelkinder die Zeche, wenn Land und Kommunen nicht sparen wollen?

Mustermann: Wenn die öffentlichen Haushalte wieder Überschüsse verzeichnen, kann man die Schulden tilgen. Es war 2011 nicht in Ordnung, den Menschen zu suggerieren, ein Schuldenabbau sei so einfach möglich, wenn gleichzeitig die Steuereinnahmen zurückgehen und die Ausgaben steigen. Das trug nicht zur Glaubwürdigkeit von Politik bei. Denn noch mehr als über hohe Haushaltsdefizite beklagen sich die Menschen jetzt über die gesunkene Lebensqualität in unserer Stadt. (...)

- Interview vom 29.9.2018 mit Bürgermeister Max Mustermann zur Schuldenbremse -

„Über 100.000 Menschen in Hessen auf der Straße“

Anlässlich der geplanten Kürzungen im Rahmen der durch die Schuldenbremse auferlegten Sparzwänge demonstrierten vergangenen Montag landesweit über 100.000 Menschen auf Hessens Straßen. Sie brachten damit ihren Unmut darüber zum Ausdruck, dass ein Großteil der durch die Schuldenbremse auferlegten Sparzwänge zu Lasten kultureller und sozialer Leistungen vor Ort gehen. Denn die Kommunen seien letztlich diejenigen, die den Sparhaushalt der Landesregierung zu bezahlen hätten, so die Demonstranten.

Zeitungsausschnitt einer seriösen Tageszeitung vom 14. Oktober 2008 anlässlich des von der hessischen Landesregierung angekündigten Sparhaushalts

Am 27. März 2011, also in einem guten Viertel Jahr, finden in Hessen Kommunalwahlen statt. Nach dem Willen der schwarz-gelben Landesregierung sollen die Bürger zeitgleich auch per Volksabstimmung entscheiden, ob sie für oder gegen eine Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung sind. Während CDU und FDP (dafür) und die Linkspartei (dagegen) sich inhaltlich klar in dieser Frage positioniert haben, machen SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihre Zustimmung zur Schuldenbremse von der „Kommunalfreundlichkeit“ des angedachten Verfassungstextes abhängig. Wer heute aber ernsthaft über Sinn und Unsinn einer Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung sprechen möchte, muss dabei vor allem an morgen denken. Denn, so viel ist klar: letzten Endes werden die Kommunen wie die vergangenen Jahre auch schon diejenigen sein, die die Auswirkungen der Schuldenbremse als unterstes Glied der haushaltspolitischen Kette zu tragen haben.

Es ist aber völlig unverständlich, warum zukünftige Generationen die politischen Fehler von Roland Koch, Volker Bouffier und Karlheinz Weimar (allesamt CDU) ausbaden sollen. Hätten diese Herren während ihrer bisherigen Amtszeit die Verschuldung des Landes Hessen nicht von 22,3 Mrd. € (1999) auf über 42 Mrd. € fast verdoppelt oder hätte man nicht im gleichen Atemzug Hotellobbyisten die Zustimmung für Steuervergünstigungen in Milliardenhöhe im Bundesrat erteilt, würde heute niemand aus CDU und FDP über eine Schuldenbremse diskutieren. Im übrigen wäre gleiches auch dann anzunehmen, wenn die Umfragewerte für die CDU bundesweit derzeit nicht so verheerend wären, dass die Hessische Verfassung offenbar der letzte Strohalm der Christdemokraten für einen echten Wahlkampfschlager zu sein scheint.

Die Landesregierung hat mit dem „Sonderopfer“ für die Kommunen (360 Millionen €) bereits den Weg eingeschlagen, ihre finanziellen Spielräume zu Lasten der Städte, Gemeinden und Kreise zu vergrößern. Dieser Trend darf sich durch die geplante Schuldenbremse nicht verstärken. Deshalb muss eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen gesichert werden. Die Schuldenregel darf nicht zu einer Politik „nach Kassenlage“ führen, das gilt insbesondere für die Bildungs- und Sozialpolitik.

Staat muss offensiver werden

Wir Jusos sind für eine wirtschaftliche Haushaltspolitik. Darunter verstehen wir aber keinen Schuldenzwang, sondern eine atmende Haushaltspolitik: Investieren in der Krise, Sparen im Aufschwung. Eine Schuldenbremse, die dies leistet ist richtig. Eine technokratische, statische Schuldenbremse, die Investitionen bremst, ist falsch. Leider ist

die Welt nicht statisch, wie eine Schuldenbremse zu suggerieren versucht, sondern höchst dynamisch, wie wir die letzten beiden Jahre erleben mussten. Die hochspekulativen Finanzmärkte sind zusammengebrochen und haben eine Rezession ungeahnten Ausmaßes ausgelöst. Der (flexible) Staat reagierte – richtigerweise – mit Ausgaben in die Infrastruktur, um Arbeitsplätze zu sichern. Ein Staat ist schließlich immer noch ein dem Gemeinwohl dienender volkswirtschaftlicher Akteur und kein rein betriebswirtschaftlich geführtes Unternehmen. Aber genau dies verbirgt sich hinter dem vorgelegten Entwurf einer Schuldenbremse der schwarz-gelben Landesregierung für die Hessische Verfassung, die in den letzten Jahren ohnehin nicht mit allzu kommunalfreundlicher Politik aufgefallen sind.

Einmal mehr zeigt sich, dass Politik gerne dem Bauchgefühl und weniger dem (ökonomischen) Sachverstand folgt. Schulden sind demnach grundsätzlich schlecht. Jeder aber, der sich schon einmal mit den Aktivitäten von Unternehmen aus der freien Wirtschaft beschäftigt hat – Kernklientel, mit dem sich Christdemokraten und Liberale stets rühmen –, weiß, dass dieses Gefühl trügt. Kaum ein erfolgreiches Unternehmen expandiert ohne Kredite. Auch für Privathaushalte sind Schulden nicht unbedingt gefährlich. Wenn eine Familie feststellt, dass sie sich mit einer monatlichen Hypothekenrate von 1.000 Euro ein Haus leisten kann, für das sie sonst 1.500 Euro Miete zahlen müsste, kann es durchaus sinnvoll sein, einen Kredit über mehrere Hunderttausend Euro aufzunehmen. Auch wenn das ein Vielfaches des Jahreseinkommens ausmachen kann.

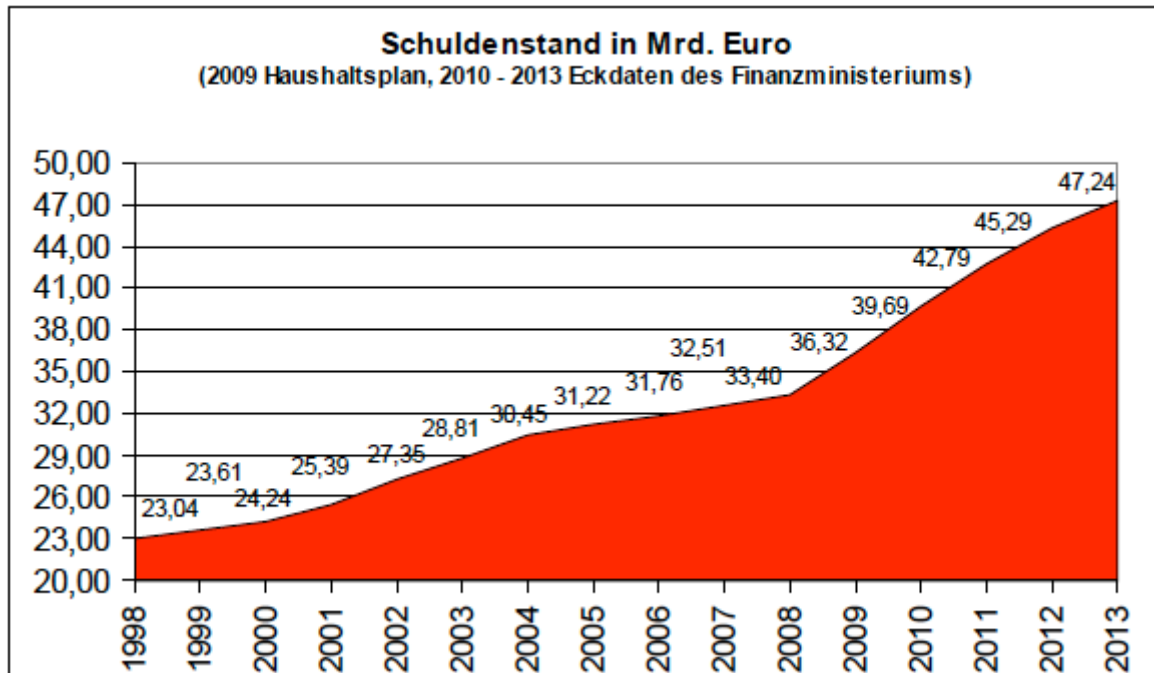
Schuldenbremse als Renditekiller

Häufig wird aber entgegengehalten: Jede/r darf nur soviel ausgeben, wie er oder sie im Geldbeutel hat und das müsse auch für den Staat gelten. Die Schuldenbremse soll dem Staat also gerade das verbieten, was für Unternehmen und Privathaushalte vernünftig ist. Die Bundesländer sollen grundsätzlich gar keine Schulden mehr machen. Dabei differenziert die Regel nicht danach, ob das Geld vom Staat verschwendet oder investiert wird. Gleiches würde auch für das Land Hessen gelten, wo im jetzigen Verfassungstext Schulden wohlgerne nur unter dem Vorbehalt rein „werbender Zwecke“, sprich investiver Ausgaben, erlaubt sind. Also nicht nur hier ein erheblicher Rückschritt im Vergleich zum Status quo, haben die Konjunkturpakete doch gezeigt, welchen positiven Einfluss Investitionen haben können – sämtlichen „Anti-Keynesianern“ zum Trotz.

Für den Staat ist das besonders dramatisch, weil es durchaus eine Vielzahl potentieller öffentlicher Ausgaben gibt, die eine gesamtwirtschaftliche Rendite weit über den oft gescholtenen Zinskosten erreichen. Berechnungen zu Bildungsinvestitionen deuten oft auf Renditen von zehn Prozent und mehr hin, während der Staat derzeit nur knapp mehr als drei Prozent Zinsen auf seine Schulden zahlen muss – manch ein Anlageberater würde sich heute danach die Hände reiben. Selbst der Bau von Schienen oder Autobahnen kann enorme gesamtwirtschaftliche Renditen bringen, weil die Bürger enorme Zeitgewinne haben. Die Schuldenaufnahme für solche Projekte zu begrenzen hat nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun. Nämlich genau wie ein Unternehmenserbe nichts davon hat, wenn er ein schuldenfreies Unternehmen erbt, das aus Angst vor Verschuldung nicht mehr in neue Technologien und Produkte investiert hat, erweisen wir unseren Kindern und Enkeln einen Bärendienst, wenn wir öffentliche Investitionen unterlassen, die mehr Nutzen bringen, als die Schulden dafür zunächst kosten, dafür aber die Lebensqualität mittel- bis langfristig senken.

So bleibt es richtig wie ökonomisch banal: Die Schulden von heute – wenn vernünftige Investitionen deren Ursache sind – können das Wachstum von morgen und die Haushaltskonsolidierung von übermorgen sein.

Deshalb: Die beste Schuldenbremse ist die Abwahl der schwarz-gelben Landesregierung!



Anm.: Den Beschluss der Jusos Hessen-Süd und weitere Informationen zur Schuldenbremse findet ihr auch auf unserer Homepage unter „Themen“